

Wählen wirkt!

Steirische Arbeiterkammer wird neu gewählt



Endlich ist der graue Winter vorbei. Die Grazer Stadtgärtnerinnen Elke Fuchs und Melanie Spuller und viele ihrer Kolleginnen und Kollegen bringen Blumenpracht in die steirischen Grünanlagen. Nur schade, dass die Arbeiten, die uns am meisten erfreuen, oft nicht so gut bezahlt werden. Die steirische Volksstimme dankt allen, die dazu beitragen, dass wir uns im Frühling über die Blumenpracht öffentlicher Grünanlagen freuen können.



GLB-KPÖ BEI DER ARBEITERKAMMERWAHL Für eine sozial gerechte Po

Pensionen – Ausgleichszulage

Mindestpension mit Ausgleichszulage für Alleinstehende: ...€ 857,73 für Ehepaare,
Partnerschaften:€ 1.286,03
Erhöhung pro Kind:€ 132,34 (jeweils minus 5,1% für die Krankenversicherung)

Mindestsicherung

Alleinstehende und Alleinerzieher/innen:€ 813,99
Volljährige im gemeinsamen Haushalt (z.B. Ehegatten): € 610,49
ab 3. volljährige Person:.....€ 407,00
1. bis 4. Kind € 154,66, ab dem 5. Kind gibt es € 187,22

Rezeptgebührenbefreiung

Bemessungsgrundlage (netto) orientiert sich an der Pensionen-Ausgleichszulage (siehe oben)
Rezeptgebühr 2014: € 5,40/Medikament

Geringfügigkeitsgrenze: € 395,31/Monat

Obergrenze für Rundfunk- Telefongebührenbefreiung/ Telefonentgeltzuschuss (netto):

1 Person:€ 960,66
2 Personen:€ 1.440,35
3 Personen:€ 1.588,57

Familienbeihilfe

Zwischen 163,80 bei einem Kind unter 3 Jahren und 261,10 bei 4 Kindern über 19; im September zusätzlich € 100,- für Kinder zw. 6 und 15 Jahren; Erhöhung um Geschwisterstaffel ab zwei Kindern; für erheblich behinderte Kinder kann erhöhte Familienbeihilfe beantragt werden.

Pflegegeld (seit 2011 gleich):

Stufe 1: 154,20
Stufe 2: 284,30
Stufe 3: 442,90
Stufe 4: 664,30
Stufe 5: 902,30
Stufe 6: 1.260,00
Stufe 7: 1.655,80

www.mindestsicherungsrechner.at

DSA Karin
Gruber
Herrengasse
16,
8010 Graz
Tel. 0316/
877 - 5101,
E-Mail:
karin.gruber@stmk.gv.at



Die Arbeiterkammer ist die gesetzliche Vertretung der Arbeiter und Angestellten. Sie ist nicht nur Serviceeinrichtung für ihre Mitglieder, sie könnte auch politisch mehr bewegen. Das Grazer Stadtblatt sprach mit den GLB-KPÖ Arbeiterkammererrat Kurt Luttenberger über die AK-Wahlen, die vom 27.3. bis 9.4 stattfinden.

Stadtblatt: Ab Ende März finden die steirischen AK-Wahlen statt, wie ist der GLB aufgestellt?

Kurt Luttenberger: Wir sind die Liste 5 bei der Arbeiterkammerwahl: „GLB-KPÖ“. Mit Hilde Tragler (Betriebsrätin Magna Graz), Uwe Süß aus Leoben (Betriebsrat Stahl-Donawitz) und mir (Betriebsrat bfi-Steiermark) haben wir ein Team, das die Welt der Arbeit sehr gut kennt.

Fast zwei Drittel der Wahlberechtigten gingen zuletzt nicht wählen.



Kurt Luttenberger unterrichtet am bfi und ist dort auch Betriebsrat. Der Vater von drei Kindern ist Arbeiterkammererrat und tritt für den Gewerkschaftlichen Linksblock (GLB-KPÖ) bei den Arbeiterkammerwahlen an.

Warum?

Es ist wichtig, das Wahlrecht bei der Arbeiterkammerwahl zu nutzen. Wir zahlen ja auch unsere Beiträge zur gesetzlichen Arbeiter- und Angestelltenvertretung. Leider tragen die Rot-schwarzen Kammerfunktionäre die Regierungspolitik von SPÖ und ÖVP mit, statt auf die Interessen und Nöte unserer Mitglieder zu achten. Davon sind viele

AK-Wahlberechtigte frustriert. Aber gerade deshalb wäre es besonders wichtig, diesmal wählen zu gehen und eine Alternative, die Liste 5 - GLB-KPÖ, zu stärken.

Wie wirkt der GLB in der Arbeiterkammer?

Der GLB setzt sich konsequent für die Rechte der Beschäftigten ein. Wir sind für Senkung statt Ausdehnung von Arbeitszeiten, die Anhebung der Löhne, faire Arbeits-

GLB-KPÖ



Keine Politiker, sondern Leute, die fest im Arbeitsleben verankert sind. Leute, die wissen wie es in den Betrieben zugeht: Die Kandidatinnen und Kandidaten der Liste 5, GLB-KPÖ.

STÄRKEN! Politik

bedingungen und gegen längere Ladenöffnungszeiten. Wir kämpfen gegen Verschlechterungen bei Sozialleistungen.

Was kann der Linksblock bewegen?
Dass die steirische AK jetzt mit großer Mehrheit gefordert hat, den Pflegeregress abzuschaffen, ist auch ein Verdienst des Gewerkschaftlichen Linksblocks, der über Jahre hinweg Druck gemacht hat. Pikant ist das Abstimmungsverhalten von roten und schwarzen AK-Räten, die gleichzeitig Landtagsabgeordnete sind: In der Kammer haben sie für die Abschaffung des Regresses gestimmt, im Landtag für seine Beibehaltung. Ein solches Verhalten ist kein Einzelfall.

Bei den Arbeitslosenzahlen gibt es Monat für Monat neue Rekorde. Wie würden Sie dagegen vorgehen?
So rasch als möglich muss eine Arbeitszeitverkürzung her – Eine 35-Stunden-Woche mit vollem Lohn- und Personalausgleich als erster Schritt in Richtung 30 Wochenstunden. Es werden soviel

Überstunden gemacht wie noch nie, Burnout nimmt massiv zu. Es kann nicht sein, dass die einen krank werden, weil sie in der Arbeit ausbrennen, während andere keine Arbeit finden.

Deswegen GLB-KPÖ bei den kommenden Wahlen?

Ja, gerade deswegen. Wir haben immer bei sozialen Ungerechtigkeiten unsere Stimme erhoben und Alternativen aufgezeigt. Wir vertreten dies selbstverständlich auch in Betrieben, in der AK, im ÖGB, in der Öffentlichkeit. Eine Stimme für die Liste 5 – GLB-KPÖ ist ein Denkzettel gegen die herrschende Politik der Lohnkürzungen, des Leistungsdrucks, des Sozialabbaus und gegen den unsozialen Pflegeregress.

Arbeiterkammerwahl: Steiermark 27.3. - 9.4. 2014

Wer, wie, wann, wo

Wahlinfos und -materialien wurden von der AK versendet. Alle, die sie bekommen haben, sind wahlberechtigt.

Drei Möglichkeiten zu wählen gibt es:

Eine Wahlkarte wird automatisch zugeschickt, wenn es im Betrieb keine Wahlkommission gibt. Die kann man per Briefwahl nutzen. Das öffentliche Wahllokal in Graz ist die Arbeiterkammer in der Hans-Resel-Gasse 8-14. Zwischen 27. März und 9. April kann gewählt werden; die genauen Uhrzeiten werden medial bekanntgegeben; bei Unsicherheit bitte bei uns nachfragen (Tel.: 0660/14 26 080). Wenn im Betrieb gewählt werden kann, wird durch Ankündigungen an den schwarzen Tafeln oder durch den Betriebsrat über das Wann und Wo informiert.

Achtung! Wer schon jetzt weiß, dass er zu den Wahlzeiten nicht im Betrieb ist, hat die Möglichkeit bis 24. März 2014 schriftlich eine Wahlkarte beim AK-Wahlbüro (Hans-Resel-Gasse 6, 8020 Graz, Tel. 05-7799-2576, wahlbuero@akstmk.at) zu beantragen. Es kann dann mit dieser Wahlkarte entweder per Brief oder im öffentlichen Wahllokal gewählt werden.

MEINUNG

LABg. Werner Murgg

Sie haben die Wahl

Liebe Leserin!
Lieber Leser!

Es gibt in unserem Land so viele Arbeitslose wie noch nie. Löhne und Gehälter reichen für viele Menschen nicht aus, um die dringendsten Bedürfnisse zu decken. Man braucht seine ganze Kraft, um Tag für Tag über die Runden zu kommen.

Und jetzt gibt es schon wieder eine Wahl. Die 110 Mitglieder der AK-Vollversammlung werden gewählt. Hat es überhaupt einen Sinn, da hinzugehen? Die SPÖ-Vertreter in der Arbeiterkammer reden gegen Belastungen, die von den SPÖ-Vertretern in Bund und Land durchgesetzt werden. Ein und dieselben Leute sind in der AK gegen den Regress und im Landtag dafür.

Soll man zu dieser Wahl gehen? Ich meine, dass man das sollte. Wir haben nämlich eine Wahl. In der Vollversammlung sind zwei Mandatare der Liste GLB-KPÖ. Kurt Luttenberger hat schon gezeigt, dass Wort und Tat bei ihm übereinstimmen. Und dass er sich kompromisslos für die Rechte der arbeitenden Menschen einsetzt. Deshalb sollte man ihn bei der AK-Wahl unterstützen.

Ihr KPÖ-LABg. Werner Murgg
Tel. 03842 / 22670



wähl' Liste 5

Die AK-Wahl muss ein Denkzettel gegen Lohnkürzung, Leistungsdruck, Sozialabbau, Überwachung und Pflegeregress werden.



Der Pflegeregress muss weg! Doch die Kahlschlag-Koalition von SPÖ und ÖVP mauert sich ein. Deshalb protestiert die KPÖ mit einer symbolischen Mauer vor Beginn jeder Landtagsssitzung. Mit jedem Mal wächst diese Mauer um ein weiteres Stück – bis der Regress fällt! „Der Wechsel des Gesundheitsressorts zu Landesrat Drexler wäre eine gute Gelegenheit, diese unsoziale und ungerechte ‚Angehörigensteuer‘ endlich aufzugeben“, so die KPÖ-Landtagsabgeordneten Claudia Klimt-Weithaler und Werner Murgg sowie die Grazer KPÖ-Stadträtin Elke Kahr vor Beginn der Landtagsssitzung am 11. März.

Neuer Landesrat, alte Forderung: „Schaffen Sie den Regress ab!“



Die Steiermark ist das einzige Bundesland, in dem Kinder für ihre pflegebedürftigen Eltern eine Angehörigensteuer entrichten müssen. Um die Haltung der „Reformpartner“ zu verdeutlichen, stellt die KPÖ vor jeder Sitzung des Landtags eine Mauer für LH Voves und seinen Stellvertreter Schützenhöfer auf.

„Die Landesregierung kann sich nicht ewig einmauern. Der Regress

muss endlich fallen“, bekräftigte KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler ihre Ablehnung dieser unsozialen Belastung. Gemeinsam mit der Grazer Wohnungsstadträtin Elke Kahr und LAbg. Werner Murgg machte sie mit Unterstützung vieler Aktivistinnen und Aktivisten erneut gegen diese unsoziale Belastung mobil.

Ende Februar hatte Alt-Gesundheitslandesrätin Edlinger-Ploder entnervt das Handtuch geworfen. LAbg. Werner Murgg richtete sich in der Landtagsssitzung an ihren Amtsnachfolger,

den neuen Gesundheitslandesrat Drexler: „In dieser Periode haben Sie Dinge wie die Schließungswelle bei Schulen, Zwangsfusionen und Krankenhäusern mitbeschlossen und vorangetrieben. Wir verstehen nicht, dass Sie angesichts dessen der Bevölkerung einzureden versuchen, dass alles besser wird, während in Wirklichkeit ein Kahlschlag stattfindet.“

Der Unmut wächst

Klimt-Weithaler: „Der Wechsel im Gesundheitsressort bietet eine Chance, den Regress endlich abzu-

schaffen. Er ist weder eine geeignete Form der Pflegefinanzierung, noch ist er sozial ausgewogen. Viele Steirerinnen und Steirer sehen nicht ein, warum sie als einzige in Österreich doppelt zur Kasse gebeten werden. Die Mauer vor dem Landhaus wächst, so wie auch der Unmut der Bevölkerung über die Politik der selbst ernannten Reformpartner wächst.“

Neben AK, ÖGB und zahlreichen Gemeindevertretungen hat sich zuletzt auch die Wirtschaftskammer gegen der Regress ausgesprochen.

Mieterhöhung im April

Preisschock für Mieter: Ab 1. April steigen die Richtwertmieten, das sind jene Mieten, die für nach 1994 abgeschlossene Mietverträge gelten, in der Steiermark um 4,6 % von zuletzt 7,11 auf 7,44 Euro pro m². Auch die Kategoriemieten für ältere Mietverträge steigen. Die Kategoriemieten wurden zuletzt im Herbst 2011 um 5,5% erhöht, die Richtwertmieten wurden vor genau zwei Jahren ebenfalls um mehr als fünf Prozent angehoben.

„Vor den Nationalratswahlen haben Politiker von SPÖ und ÖVP sich mit Forderungen nach und Versprechungen von leistbarem Wohnraum überschlagen. Jetzt,

nach den Wahlen, schaut die Realität ganz anders aus und den Menschen werden ohne Skrupel saftige Erhöhungen zugemutet“, ärgert sich die Grazer KPÖ-Wohnungsstadträtin Elke Kahr.

„Die ungebremste Mietpreisentwicklung wird noch mehr Menschen an die Grenzen der Belastbarkeit bringen, denn während die Wohnungskosten davongaloppieren, wird der Bezieherkreis der Wohnbeihilfe aufgrund der niedrigen Einkommensgrenzen immer kleiner“, so Kahr, die daran erinnert, dass es bis heute auch keine automatische Indexanpassung bei der Wohnbeihilfe gibt.

Steiermark wehrt sich

Die Steiermark wehrt sich gegen den Regress, 18.000 haben schon unterschrieben.

In allen anderen Bundesländern ist diese ungerechte Steuer auf Angehörige längst abgeschafft.

Im Internet

gegen den Regress unterschreiben:

<http://www.kpoe-steiermark.at/unterschriftenaktion-weg-mit-dem-regress.phtml>

Ungleichheit in Österreich: Steirer zahlen, alle anderen nicht

Weg mit dem REGRESS!

**Der Kampf geht weiter!
18.000 Unterschriften – aber Voves und Schützenhöfer mauern sich ein**

ONLINE Petition!

KPÖ

www.kpoe-steiermark.at

Kommentar LAbg. Claudia Klimt-Weithaler

KPÖ im Landtag

Warum der steirische Pflegeregress weg muss



Die Steiermark ist das letzte Bundesland, in dem eine „Verwandtensteuer“ eingehoben wird. Diese ist unter dem Namen Pflegeregress

bekannt. Bereits ab einem Netto-Monatseinkommen von 1286 Euro wird kassiert – und dabei ist dem Land völlig

egal, ob von diesem Einkommen auch noch andere Personen (Partner, Kinder) leben müssen oder nicht. Eine familienfeindlichere Maßnahme ist schwer vorstellbar.

Niemand wünscht sich, dass die eigenen Kinder so schwer belastet werden. Für alleinstehende Pflegebedürftige muss die Allgemeinheit bezahlen, sobald die Ersparnisse aufgebraucht sind.

Wenn Pflegebedürftige in ein Heim gehen, wird das Eigentum ohnehin einkassiert. Für viele kommt das einer Erbschaftssteuer von 100 % gleich. Dafür wurde diese für Superreiche abgeschafft.

Alle anderen acht Bundesländer kommen ohne den Regress aus, nur in der Steiermark zahlt die Bevölkerung doppelt: Über die allgemeinen Steuern und zusätzlich über den Pflegeregress. Besonders ungerecht ist, dass auch Leistungen wie das Pendlerpauschale und Abfertigungen zum Jahreseinkommen gerechnet werden. Wer

einen Angehörigen in Pflege hat und z.B. von der Firma in Pension oder in die Arbeitslosigkeit geschickt wird, vom dem wird gleich einmal ein großer Teil der Abfertigung abkassiert, weil das Jahreseinkommen durch die einmalige Zahlung kurzfristig stark angestiegen ist.

So wird die finanzielle Lage vom Zufall abhängig und pflegebedürftige Eltern haben noch ein schlechtes Gewissen, weil nicht nur ihr eigenes Vermögen für die Pflege vollständig draufgeht, sondern auch noch das angesparte der Kinder mit einem Schlag zu einem großen Teil weg ist. Das kann doch nicht die Lösung der Pflegefinanzierung sein!

Die KPÖ kämpft seit der Wiedereinführung des Regresses durch Voves und Schützenhöfer für dessen Abschaffung. Über 18.000 Unterschriften haben wir gegen der Regress gesammelt, viele Protestaktionen durchgeführt. Der neue Landesrat Drexler will zwar an dieser ungerechten Maßnahme festhalten, zeigt sich aber erstmals „nachdenk“- und gesprächsbereit.

Nur der anhaltende Druck der Bevölkerung kann Schluss machen mit dieser steirischen Angehörigensteuer.

LAbg. Claudia Klimt-Weithaler
Tel. 0316 / 877 5104
ltk-kpoe@stmk.gv.at





Kommentar von Hilde Tragler, GLB-Betriebsrätin bei Magna. Sie ist Kandidatin des GLB bei der AK-Wahl.

Arbeit und Familie

Frauen werden am Arbeitsmarkt benachteiligt. Dies gilt besonders für Frauen, die kleine Kinder haben. Oft bekommen sie einen ausgeschriebenen Job gar nicht, oder sie müssen „flexible“ Beschäftigungsverhältnisse eingehen, die sie gar nicht wollen.

Überdurchschnittlich viele Frauen sind prekär beschäftigt, in Scheinselbstständigkeit oder machen schlecht bezahlte Teilzeitjobs. Auf die Hoffnung, von einer Teilzeitbeschäftigung bald wieder in eine Vollzeitstellung wechseln zu können, folgt nur zu oft recht bald herbe Ernüchterung. Es geht ja meist auch so, mit ein paar „Mehrstunden“ halt. Und schon wird aus einer Teilzeitstelle eine stressige Vollzeitbeschäftigung mit Teilzeientlohnung.

Hinzu kommt die Flexibilisierung von Arbeitszeiten, die die Freizeit immer weniger planbar macht. Die Konsequenzen treffen Männer und Frauen mit gleicher Härte.

Wie viele Familien sind schon zerstört worden durch ein System, das die arbeitende Bevölkerung immer mehr unter Druck setzt?

Um diesem Druck etwas entgegenzusetzen, ist es wichtig, dass Arbeiter und Angestellte eine starke Vertretung haben. Als Vertreterin des GLB-KPÖ in der AK trete ich für faire Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten ein.

Ihre Hilde Tragler

§§ Hilfe in Rechtsfragen §§ MEINE RECHTE BEI:

LOHNSTEUER

Arbeitnehmerveranlagung

Grundsätzlich wird die Lohnsteuer so berechnet, als würde man das ganze Jahr gleich viel verdienen. Wenn sich das Einkommen aber innerhalb eines Jahres verändert – beispielsweise durch einen Jobwechsel – kann sich eine Arbeitnehmerveranlagung auszahlen. Die Steuer wird hierbei auf das ganze Jahr aufgerechnet. Wenn sich herausstellt, dass zu viel Steuer bezahlt wurde, bekommt der Antragsteller die Gutschrift auf sein Konto rückerstattet.

Jahresausgleich wann?

Eine Lohnsteuergutschrift ist in folgenden Fällen zu erwarten:

- wenn nicht das gesamte Jahr lohnsteuerpflichtige Einkommen vorgelegen sind (beispielsweise durch Arbeitslosigkeit, Karenz, Wechsel des Arbeitsplatzes)
- wenn man Anspruch auf „Negativsteuer“ hat.
- wenn während des Jahres unterschiedlich hohe Bezüge ausgezahlt wurden und der Arbeitgeber keine Aufrollung durchgeführt hat
- wenn man Ansprüche auf Alleinverdiener/Alleinerzieherabsetzbetrag, Pendlerpauschale, Unterhaltsabsetzbetrag, Mehrkinderzuschlag oder Kinderfreibetrag hat
- wenn Sonderausgaben und außergewöhnliche Belastungen geltend gemacht werden können (Kinderbetreuungskosten, Arztkosten...)

So geht's

Anträge können bis zu fünf Jahre im Nachhinein beim Finanzamt gestellt werden. Der Antrag kann über FinanzOnline elektronisch gestellt bzw. per Post oder persönlich an das Finanzamt Graz-Stadt (FA68), Conrad von Hötzendorfstraße 14-18, 8020 Graz, übermittelt werden.

ACHTUNG: Wenn das Gesamteinkommen 12.000 Euro (Stand 2013) übersteigt und zumindest zeitweise zwei oder mehr lohnsteuerpflichtige Einkünfte in einem Kalenderjahr bezogen wurden, muss eine verpflichtende Arbeitnehmerveranlagung gemacht werden. Diese muss bis zum 30. September des Folgejahres beim Finanzamt eingehen.



LEHRLINGSBEIHILFE:

... erhalten Lehrlinge und Jugendliche in lehrähnlichen Ausbildungs- oder Dienstverhältnissen, die ihren eigenen Haushalt führen und über 18 Jahre alt sind, sowie Erziehungsberechtigte von Lehrlingen oder Jugendlichen in ähnlichen Ausbildungen haben die Möglichkeit, beim Land Steiermark um Lehrlingsbeihilfe anzusuchen.

VORAUSSETZUNGEN:

- Hauptwohnsitz mindestens ein Jahr in der Steiermark

- Familieneinkommen nicht über 24.800 Euro jährlich
- die monatliche Nettolehrlingsentschädigung darf 850 Euro nicht übersteigen

Die Förderhöhe liegt zwischen 70 und 700 Euro.

Anträge können das ganze Jahr über beim Amt der Steiermärkischen Landesregierung/Abteilung 11, Hofgasse 12, 8010 Graz, gestellt werden. Anträge sind online auf der Homepage <http://www.verwaltung.steiermark.at> - Suchbegriff „Lehrlingsbeihilfe“.

Notruf 0316/877 5102

Helfen statt reden. **KPÖ** wirkt!
Mit Rat und Tat!

Wir beraten Sie gerne.
Tel. Anmeldung erbeten. Graz, Landhaus

WOHNBEIHILFE:

Die Wohnbeihilfe ist abhängig von Haushaltsgröße und Familieneinkommen und kann monatlich von 12,35 bis 143 Euro betragen.

Wer darf um Wohnbeihilfe ansuchen? Mieter/innen: Österreichische Staatsbürger, EU- bzw. EWR-Bürger, aber auch Nicht-EU-Bürger mit Flüchtlingsstatus, Arbeiterlaubnis bzw. Anspruch auf Ruhegenuss in Österreich

Wohnbeihilfe gibt es:

- jeweils für ein Jahr, für den Hauptwohnsitz.

- für geförderte und nicht geförderte Mietwohnungen (Mietkaufwohnungen)
- für nicht geförderte Mietwohnungen, wenn der Hauptmietzins den Richtwert ohne Zuschläge, derzeit 7,11 Euro/m² netto, (Ausnahmen: z.B. Kleinwohnungen bis 35 m²) nicht übersteigt

Keine Wohnbeihilfe gibt es bei der Umwandlung einer geförderten Mietkaufwohnung in Wohnungseigentum. Informationen und Antrag: www.soziales.steiermark.at/wohnbeihilfe.

DIENSTLEISTUNG WAR GESTERN –

Selbstbedienung kostet Freizeit und killt Jobs

Einkaufen ohne Verkäufer, Tanken ohne Tankwart, Essen gehen ohne Kellner, Bankgeschäfte tätigen ohne Schalterpersonal. An die Stelle der Dienstleistung ist längst die Selbstbedienung getreten.

Customer education ist der amerikanische Begriff für diese spezielle Erziehung. Ziel ist es, Kundinnen und Kunden zu einer Arbeitsleistung zu bewegen, für die sie am Ende auch noch bezahlen. „Selbstbedienung“ ist nur eine freundliche Verniedlichung der Sachlage.

Beispiel Bankservice

Längst erledigen wir unsere Bankgeschäfte vom heimischen Computer aus. Wer diese Art des Zahlungsverkehrs ablehnt, muss ins zugige SB-Foyer seiner Hausbank, wo er – auf seine eigene Arbeitskraft angewiesen – vom SB-Kontoauszugsdrucker über den SB-Geldwechselautomaten – gebührenpflichtig, versteht sich – bis zum SB-Geldautomaten all die stummen Gerätschaften vorfindet, die die ehemals freundliche Bedienung am Schalter ersetzen sollen. Nur in Ausnahmefällen dürfen die beheizten heiligen Hallen der Bankfiliale betreten werden. Sie sind nunmehr der Filialleitung vorbehalten.

Möbelhaus-„Service“

Schauplatzwechsel. IKEA-Kunden gehören zu den wohlherzogensten in Sachen Selbstbedienung: Nach-



SB killt Jobs: Bei den ÖBB übernehmen immer mehr Fahrkartenautomaten die Aufgabe der ÖBB-Bediensteten



dem sie ihr Fahrzeug am Parkplatz vor dem Möbelhaus geparkt haben, marschieren sie kilometerweit durch Ausstellungshallen – von welchen keine ausgelassen werden darf – überprüfen im Selbsttest Waren und Qualität mittels Probeliegen, Probesitzen und Probetürlaufzumachen, um anschließend persönlich die Lagerhalle aufzusuchen und die transportgerecht verpackten Möbelstücke selbst auf den Einkaufswagen zu wuchten. Nachdem sie an der SB-Kassa die Waren selbst eingescannt und bargeldlos bezahlt haben, stemmen sie die Stücke eigenhändig ins Auto und fahren damit heim, um im Anschluss viele Stunden mit dem Zusammensetzen 100er puzzlemäßig zerkleinerter Brettchen zu verbringen. Am besten, man plant zu diesem Zweck einige Urlaubstage ein.

Personal geht – Profit bleibt

Verschwunden ist das Personal, welches früher diese Dienste erledigt hat. Es wurde wegrationalisiert. Vergeudet ist auch unsere kostbare Zeit. Die haben wir in selbstständige Recherchen, Hebe-, Schiebe-, Trage- und Aufbauarbeiten investiert. Was bleibt, ist der Preis, der – kaum gemindert – nach wie vor bezahlt werden muss. Kaum merklich sind wir zu Sklaven unserer vielgelobten „Dienstleistungsgesellschaft“ geworden.

Als mir vor einiger Zeit eine Dame beim Check-In-Schalter am Flughafen geduldig die Vorgehensweise beim SB-Check-In vorführte, fragte ich mich schon: Wo sieht diese Dame sich in der Zukunft, also, wenn ich und all die anderen Flugpassagiere es gelernt haben?

Wahrscheinlich am AMS, wo man sie glauben lässt, dass sie selber schuld sei an der Misere. Wäre sie nur gescheiter, schneller, flexibler, billiger, jünger gewesen.

Es ist eine Tatsache, dass in den letzten Jahren zahlreiche Arbeitsplätze auf diese Weise vernichtet

wurden, zum Nachteil aller Beteiligten – mit Ausnahme der Unternehmen. Ihnen bleibt der Profit, der – wie man weiß – umso nachlässiger besteuert wird, je höher er ausfällt.



Menschenwürdige Arbeit ist kein Privileg!

Das fordert der GLB-KPÖ:

- Recht auf Arbeit für alle
- Löhne und Gehälter von denen man leben kann
- Endlich die 35-Stunden Woche bei vollem Lohn
- Öffentliche Arbeitsbeschaffungsprogramme statt Leiharbeit und Prekarisierung
- Ausbildungsgarantie für die Jugend – 510 Euro Mindestlehrlingsentschädigung
- Kampf gegen Spekulation und Mietwucher
- Weg mit dem Pflegeregress

Arbeiterkammerrat Kurt Luttenberger

Bitte nehmen Sie Ihr Wahlrecht wahr und stärken Sie die steirische Arbeiterkammer mit Ihrer Stimme für die Liste 5 – GLB-KPÖ.



Denkzettel gegen Lohn

WIR STELLEN VOR: DIE KANDIDATINNEN UND KANDIDATEN DES GLB-KPÖ

In Österreich nimmt das Unrecht zu. Wir sollen immer mehr arbeiten, später in Pension gehen. Dabei wird das tägliche Leben immer teurer. Die Mieten steigen. Nur die Löhne stagnieren. Viele Menschen leben an oder unter der Armutsgrenze. Immer größere Teile der Bevölkerung können kaum noch von ihrem Einkommen leben, obwohl sie ganztägig arbeiten. Die Jugend hat keine Zukunft.

Bei der Arbeiterkammerwahl gibt es Gelegenheit, dieser Politik einen Denkzettel zu schreiben. Nützen Sie Ihr Wahlrecht für eine bessere AK. Stimmen Sie für die Liste 5 – GLB-KPÖ.



Kurt Luttenberger, 58, (bfi Steiermark): „Bei sozialen Ungerechtigkeiten schweigen wir nicht. Die Kandidat/innen des GLB-KPÖ behalten ihre Ziele im Auge und geben nicht auf, etwa, wenn es um die Abschaffung des Pflegeregresses geht.“



Hilde Tragler, 54, (Magna Steyr) „Ich kandidiere für den GLB, weil es notwendig ist, die Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich zu verkürzen und die Arbeit auf mehrere Schultern aufzuteilen.“ Siehe auch Kommentar auf Seite 4.



Walter Theisl, 39, (Manpower): „Als Leiharbeiter kandidiere ich für die Liste GLB-KPÖ, weil ich mich für die Rechte und die Gleichstellung meiner Kollegen in allen Bereichen des Arbeitslebens einsetzen möchte.“



Franz Eisinger, 51, (ÖBB): „SPÖ-Regierungen haben die unter Schwarz-Blau beschlossenen Verschlechterungen im Pensionsrecht nicht zurückgenommen. Ich kämpfe für ein faires Pensionssystem und gegen weitere Verschlechterungen.“



Ulrike Pendl, 53, LKH Feldbach: „Ich bin davon überzeugt, dass SPÖ und ÖVP erst in die Schranken gewiesen werden können, wenn in der Arbeiterkammer - Kräfte gestärkt werden, für die ›Reform‹ ein besseres Leben für die Arbeiter und Angestellten bedeutet.“



Uwe Süß, 47, (voestalpine Donawitz): „Als einfacher Arbeiter und Betriebsrat kenne ich die Probleme und Sorgen der Arbeiter und der Angestellten. Mein Motto lautet: Gegen Freunderlwirtschaft und Privilegien, für Gerechtigkeit.“



Sabrina Raschböck, 24, (arbeitslos): „Der Konkurrenzkampf wird härter und das Leben immer teurer. Ich kandidiere für die Liste GLB-KPÖ, um gemeinsam für Arbeitszeitverkürzung, Erhöhung der Mindestsicherung und gleiche Rechte für Frauen und Männer einzustehen.“



Arbeitslosigkeit und Sozialabbau in unserem Land sind Folge der derzeitigen Politik. Deshalb braucht es einen Kurswechsel. Die Liste GLB-KPÖ hat Mut zum Widerspruch.

Wir brauchen wieder Löhne, von denen wir leben können. Arbeit schützt heute nicht mehr vor Armut, weil die Löhne gedrückt werden. Immer mehr Menschen müssen Teilzeit arbeiten, haben keine soziale Absicherung, keinen Urlaub und keinen Pensionsanspruch.

Nur der GLB-KPÖ kämpft in der Arbeiterkammer, dass wirklich auf die Bedürfnisse der Arbeitenden geachtet wird. Der Sumpf aus SPÖ/ÖVP-Freunderlwirtschaft muss trockengelegt werden. SPÖ, ÖVP und auch die FPÖ-Funktionäre versprechen in der Arbeiterkammer viel, halten tun sie nichts!

Nur der GLB-KPÖ schaut auf jene, die von den anderen Parteien verraten werden.

Wenn Sie bei der Arbeiterkammerwahl den Herrschenden einen Denkzettel erteilen wollen, wählen Sie GLB-KPÖ!



Kürzung und Leistungsdruck



Belinda Zangerl, 29, (ISOP)
„Während Großkonzerne, Banken und bestimmte Politiker sich weiterhin groß bedienen, werden unsere Rechte in der Arbeitswelt weiter beschnitten, Beschäftigungsverhältnisse zunehmend prekariert. Das nehmen wir nicht hin: Druck von unten muss aufgebaut werden!“



Gerhard Simbürger, 50, (Stahl Judenburg)
„Wohnen ist für viele arbeitende Menschen kaum mehr leistbar. Das liegt vor allem an der privaten Geschäftemacherei mit dem Menschenrecht Wohnen. Ich werde mich auch weiterhin für leistbares Wohnen für alle einsetzen.“



Elke Heinrichs (LKH Graz)
„Als Bedienstete im Routinebetrieb, spreche ich mich dafür aus, dass im Gesundheitsbereich keinesfalls am Personal gespart werden darf. Schon jetzt laufen viele Kolleginnen und Kollegen Gefahr, selbst wegen Überlastung an Körper und Seele zu erkranken.“



Wolfgang Gollner, 37, Installateur
„Für ein Einkommen ohne Angst vor Morgen. Anerkennung statt Ausbeutung. Der GLB möchte verändern. Andere Fraktionen hatten jahrelang die Möglichkeit zu verändern, warum sollten sie es in den nächsten Jahren schaffen?“

Arbeiterkammer-Wahl 27. März bis 9. April 2014

Gewerkschaftlicher LinkBlock-KPÖ

Liste 5



GLB-KPÖ

DENKZETTEL

gegen

Lohnkürzung
Leistungsdruck
Sozialabbau
Pflegerregress

GLB-KPÖ

Liste 5



SERVICE der KPÖ: Rechnen Sie Ihre Ansprüche nach!
INFO TEL. 0316 / 875 5101

www.mindestsicherungsrechner.at

KPÖ

zuhören. helfen.

Claudia Klimt-Weithaler



Mindestsicherung bei Reha gekürzt Den Armen noch mehr weg nehmen

Mindestsicherungsbeziehern wird vom Leben vieles abverlangt, vor allem sich einzuschränken. Sie können sich wenig bis gar nicht wehren und werden dennoch abgezockt, nach Strich und Faden.

Wenn Mindestsicherungsbezieher erkranken und aufgrund eines Krankenhauses oder Kur/Reha-

aufenthaltes von zuhause abwesend sind, wird ihnen auch noch das Wenige, das sie bekommen noch beschnitten. § 10 Mindestsicherungsgesetz besagt: Wenn jemand länger als zwei Wochen aufgrund medizinischer Maßnahme nicht an seinem gewöhnlichen Aufenthaltsort ist, wird ein Teil (50%) des „Einkommens“ einbehalten.

Dass die monatliche anfallenden Betriebskosten einer Wohnung weiter laufen, darauf nimmt niemand Bedacht! Ehepartner oder Kindern sollen wohl währenddessen in der Wohnung im Kalten sitzen oder der Magen bleibt leer.

Zumindest dieser Punkt des Mindestsicherungsgesetzes gehört ersatzlos gestrichen.

Elektronische Eiszeit Auszahlungsbürokratie

Aus eigener Erfahrung – ich bin selbst Bezieher der Mindestsicherung seit März 2011 – weiß ich, dass laut Antrag eine Bankverbindung zur Auszahlung des Betrages anzugeben ist. Dies wird aber nicht in jeder zuständigen Behörde – Sozialreferat der zuständigen BH – auch entsprechend gehandhabt.

In meinem Fall war die BH Südoststeiermark (vormals Feldbach) für mich zuständig. Dort funktionierte das auch völlig reibungslos.

Durch einen Umzug in den Zuständigkeitsbereich der BH Graz-Umgebung, hat sich dieser Umstand aber rapide geändert. Dieses Amt überweist nicht mir als Bezieher den Betrag auf mein angegebenes Konto, sondern an die Gemeinde meines Wohnsitzes, was zu erheblichen Verzögerungen in der Bezahlung meiner laufenden Kosten führt.

Eine Anfrage bei der zuständigen Behörde ergab, dass eine etwaige Rückzahlung, im Falle des Nicht-mehr-Zutreffens der tristen wirtschaftlichen und persönlichen Verhältnisse, diese per Regress von der Wohnsitzgemeinde leichter eingefordert werden könnte.

Bei mir hat sich dies nun grundlegend geändert, da ich seit 1. 1. 2014 die Mindestsicherung unbefristet erhalte. An den Auszahlungsmodalitäten hat sich dennoch nichts geändert.

Ich werde wohl weiter um meine fristgerecht zu erledigenden Zahlungen zittern müssen.

H. Seidl



Immer wieder kommt es zu Protesten gegen den Sozialabbau und die Politik des sozialen Kahtschlags der Landesregierung. Hier am Internationalen Frauentag 2014 in Graz. Kandidatinnen und Kandidaten des GLB-KPÖ waren dabei. Im Bild der ehemalige GLB-Arbeiterkammerrat Peter Scherz und GLB-Betriebsrätin Hilde Tragler (Magna).

Schwerkrank, behindert. Arbeitsfähig?

Die Regelung, wonach eine Person aufgrund verschiedener Faktoren keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld hat und daher die Mindestsicherung für seinen Lebensunterhalt erhält, ist hinlänglich bekannt. Es gibt aber auch Personen, die nachweislich (meist durch eine vom AMS geforderte Untersuchung durch PVA-Mediziner) krank/behindert sind, welche dem allgemeinen Arbeitsmarkt faktisch gar nicht zur Verfügung stehen.

Hier setzt das AMS Maßnahmen, die pro Person 8.000 Euro verschlingen und die im Endeffekt keinem wieder einen Arbeitsplatz bringt. Es ist schlichtweg Verschwendung! Hier müsste nicht nur der Sparstift angesetzt werden, sondern auch ein Umdenken stattfinden.

Denn: Wenn eigentlich schon hinlänglich bewiesen ist, dass die Person nie wieder einen Vollzeitjob ausüben kann, wird noch verlangt arbeitswillig/arbeitssuchend zu

sein. Das ist ein „Karteileichen-Zustand“.

Kein Arbeitgeber wird Leute aufnehmen, deren zu erwartende Krankenstände höher sind als die zu vollbringende Arbeitsleistung oder deren Schuldenberg eine Zumutung ist.

Solche Personen, sollten nicht mehr zu den allgemein Arbeitssuchenden gerechnet werden. Für sie sollte es Mittel und Maßnahmen geben, die wirklich helfen und nicht nur Augenauswischerei.

Sagen Sie uns Ihre Meinung!
www.glb-steiermark.at

0664/88320198

Volkshaus Graz

E-Mail: glb@glb-steiermark.at



Unsere Gemeinde Unsere Heimat



Bezirks- und Gemeindefusionen treffen die Steiermark hart

Mit 1. Jänner 2015 werden hunderte steirische Gemeinden von der Landkarte entfernt. Das bedeutet nicht nur weniger Demokratie und Selbstverwaltung, sondern den Verlust von Arbeitsplätzen und die weitere Schließung von Gendarmerieposten, Postämtern, Bezirksgerichten, Finanzämtern und sonstigen Serviceeinrichtungen.

Die weitere Aushöhlung der Gemeinden und des ländlichen Raumes, die Verschlechterung der Nahversorgung der Bevölkerung, im Landtag von der rot-schwarzen Kahlschlag-Koalition beschlossen wurde, stößt aber auf immer mehr Widerstand.

So wehren sich über 100 Bürgermeister steirischer Gemeinden gegen die Zwangsfusion ihrer Gemeinden. Aber auch Bürger in Gemeinden, die „freiwillig“

zusammengehen, beginnen sich gegen diese „Reform“ zu wehren. Auf der Website der Fusionsgegner: www.gemeindeinitiative.at sind Ratschläge und Formulare erhältlich.

KPÖ-LAbg. Werner Murgg: „Die im Landtag am 17. Dezember 2013 beschlossenen Zwangsfusionen hunderter steirischer Gemeinden muss rückgängig gemacht werden! Die KPÖ unterstützt die Aktionen der Gemeindeinitiative.“

Bürgermeisterbezüge 2014, monatlich, brutto, 14 x

Gemeinde-Einwohner	2013, in Euro	ab 2014, in Euro
bis 500	1.495	2.077
501 - 1.000	1.875	2.492
1.001 - 2.000	2.160	3.323
2.001 - 3.000	2.575	3.738
3.001 - 5.000	2.824	4.153
5.001 - 7.000	3.655	4.984
7.001 - 10.000	4.320	5.399
10.001 - 20.000	5.399	
10.001 - 15.000*		6.230
15.001 - 20.000*		7.061
20.001 - 30.000	7.060	7.892
über 30.000*		8.307

* Diese Gliederungen sind neu und gelten seit Jahresbeginn 2014

Voves & Co. haben die Bürgermeisterbezüge kräftig angehoben. Bis zu 54% steigen die Bezüge. Nach der Gemeindefusion 2015 werden viele Gemeinden in eine höhere Einwohner-Stufe fallen, deren Bürgermeister dann noch besser verdienen.

GLEISDORF

25 Jahre Chance B

2014 ist für die Chance B ein Jubiläumsjahr: Seit 1989 bieten dieser Verein soziale Dienstleistungen für die Menschen in der Region. Dabei gilt das Leitbild heute wie zu Beginn: Menschen sollen in ihren Gemeinden in der Oststeiermark leben können, mit allem was zu einem erfüllten Leben gehört. Wenn dafür in einem bestimmten Lebensbereich Unterstützung benötigt wird, steht die Chance B zur Verfügung.

Der Ausbau und die Entwicklung der Chance B ist eng mit dem Namen und der Person Franz Wolfmayr verbunden.

Soziale Dienste für jede Lebensphase (Kindheit - Jugend - Erwachsensein - Älterwerden - Altsein) und in jedem Lebens-

bereich sind heute im Angebot dieser Einrichtung. Dafür haben wir insgesamt 27 unterschiedliche Dienstleistungen aufgebaut. Pro Jahr werden 2500 Personen direkt in ihren Gemeinden in allen Lebensbereichen (Bildung – Arbeit – Wohnen – Freizeit) begleitet – das gibt 300 Chance B Mitarbeiter einen Arbeitsplatz in der Region.

Der LEBI-Laden, Dienstleistungen und Produkte aus den eigenen Werkstätten ergänzen das Angebot. So hat die Chance B Spielzeug in Produktion und Angebot, das vom Architekten und kommunistischen Widerstandskämpfer Herbert Eichholzer entworfen wurde.

Die Gleisdorfer KPÖ-Sprecherin Herlinde Gindlhuber sieht in der Chance B eine wichtige und positive Einrichtung, die auch versucht, zeitgemäße Behindertenbetreuung zu ermöglichen, und die gegen die Belastungs- und Kürzungspolitik des Landes auftritt.

Gindlhuber: „Ich wünsche mir, dass es in Zukunft mehr Unterstützung für die Chance B und keine Kürzungen mehr gibt.“



Herlinde Gindlhuber, Sprecherin der KPÖ Oststeiermark.



Die steirische Gemeindeinitiative www.gemeindeinitiative.at bemüht sich um den Erhalt steirischer Gemeinden



Lesen Sie mehr auf Seite 10 und 11

Unsere Gemeinde
Unsere Heimat



Kommentar von Jürgen Höfler

Teufel und Beelzebub



Die Menschen in der Steiermark sind angefressen. SPÖ und ÖVP sind bei ihnen unten durch. Warum? Da genügen ein paar Stichworte: Regress, Gemeindefusionen, Belastungen und gleichzeitig die Erhöhungen der Bürgermeistergehälter und der Parteienförderung.

Die Leute haben einen Zorn auf diese Politik und diese Politiker.

Einige Umfragen zeigen aber, dass viele von ihnen aus Zorn heraus die FP wählen wollen.

Das ist aber die Partei genau der Politiker, die das Milliardendebakel HypoAlpeAdria hinterlassen haben. In der Steiermark ist der FP-Landesrat nicht in der Lage, die Straßen ordentlich zu reparieren, und er stimmt allen Tariferhöhungen und Ausdünnungen beim öffentlichen Verkehr zu.

Solche Leute sollte man eigentlich nicht wählen. Da treibt ja man den Teufel mit dem Beelzebub aus.

Gemeinderat Jürgen Höfler
Schöneegg bei Pöllau



Kinderlärm ist Zukunftsmusik

Claudia Klimt-Weithaler freut sich über Landtagsbeschluss – „Kinder gehören nicht hinter Lärmschutzwände!“

Vor etwa zwei Jahren bekannte sich der Steiermärkische Landtag erstmals zu einem Antrag der KPÖ, der den Titel „Kinderlärm ist Zukunftsmusik“ trägt. Heute wurde eine entsprechende Passage einstimmig ins Baugesetz aufgenommen, die es künftig unmöglich macht, mit dem Hinweis auf den Lärmpegel z.B. die Errichtung von Kinderbetreuungseinrichtungen zu verhindern.

Bisher war es oft geübte Praxis, spielende Kinder mit Lärmquellen

wie Rasenmähern gleichzusetzen und damit die Errichtung von Lärmschutzwänden oder gar Klagen zu rechtfertigen, da Lärmerregung unter gewissen Umständen strafbar ist. Die Initiative der KPÖ zielte darauf ab, die Gesetze über Lärmimmissionen so zu ändern, dass Kinder altersgerechte Entwicklungsmöglichkeiten vorfinden und nicht als Lärmerreger abgestempelt werden.

KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler freut sich über die breite Zustimmung zu ihrem Vorstoß: „Kinder gehören nicht hinter Lärmschutzwände. Kinder müssen sich frei entfalten und entwickeln können. Dazu gehört auch, dass sie ihrem Alter



Erfolg für KPÖ-LAbg. Klimt-Weithaler.

entsprechend nicht still sitzen müssen. Ich freue mich, dass sich der Landtag einstimmig dazu bekannt hat.“

Gebärstation in Voitsberg wieder öffnen!



Vor dem Landhaus und im Landtag: Protest gegen Kürzungspolitik

Das hört sich doch alles auf: Das Land „spart“ auf Kosten der Gesundheit der Steirerinnen und Steirer. In der Frage der Wiedereröffnung der Geburtenstation in Voitsberg blieb es – trotz massiver Proteste – bei einem „Gesprächsangebot“ des neuen Gesundheitslandesrates Drexler.

Die KPÖ fordert eine Wiedereingliederung der KAGes in die Landesverwaltung.

Die überparteiliche „Steirische Gemeindeinitiative“

wehrt sich gegen Drüberfahren und Zwangsfusionen bei den steirischen Gemeinden.



www.gemeindeinitiative.at/



Der Weizer KPÖ-Gemeinderat Wolfgang Feigl sorgt als Obmann des Prüfungsausschusses für Kontrolle in der Stadt. Für Fragen und Anliegen erreichen Sie ihn unter Tel. 0664 / 49 40 949.

Gastkommentar von Ingrid Harrer, Weiz

Saatgut ist zu kostbar, um es den Konzernen zu überlassen

Das EU-Parlament hat den Entwurf einer Saatgutverordnung abgelehnt, die das Aus für die Vielfalt von Saaten bedeutet und den Konzernen freie Hand gegeben hätte. Das bedeutet aber nicht, dass wir sicher sein können, künftig gentechnikfreies und vielfältiges Saatgut kaufen zu können. Die EU verhandelt derzeit im Geheimen mit den USA über ein Freihandelsabkommen, das ganz im Interesse der Konzerne ist und Demokratie und Umweltschutz einschränkt.

Die EU-Kommission handelt nämlich im Interesse der agrarischen Großindustrien, die sich vor allem für die Konzentration von Saatgut in den Händen einiger weniger Konzerne stark gemacht haben. Nicht Agrarkonzerne haben anzuschaffen, was angebaut und gegessen werden darf, sondern die Konsumentinnen und Konsumenten sollen gemeinsam mit regionalen Lebensmittelherstellern, Bauern und Gärtnerbetrieben entscheiden, was sie anbauen, produzieren und auch einkaufen wollen.

In Weiz kann man Saatgut beim Biobauernhof Scharler kaufen. 12. BIO Pflanzenmarkt/BIO-Hoffest am Biobauernhof Scharler am 3.5 und 4.5.2014.

Arche-Saatgut online: <https://www.arche-noah.at/>



Wir erhalten, verbreiten und entwickeln Sorten.

Feldbach: AK-Kandidatin Ulrike Pendl

Bei dieser AK-Wahl gibt es erstmals eine Spitzenkandidatin für die Oststeiermark: Ulrike Pendl aus Feldbach.

Sie kandidiert auf Platz 6 der Liste GLB-KPÖ. Ulrike Pendl: „Ich bin seit 35 Jahren als Diplomkrankenschwester tätig. In letzter Zeit habe

ich festgestellt, dass der Verwaltungsbereich explodiert, während die Arbeitszeiten für Ärzte und Pflegepersonal immer schlechter werden. Für den Patienten hat man immer weniger Zeit, viel mehr Zeit muss für die Bürokratie aufgebracht werden.

Die Wartezeit der Patienten verlängert sich, weil die Ärzte selbst alles schreiben und doku-



Ulrike Pendl, Kandidatin des GLB-KPÖ bei der AK-Wahl.

mentieren müssen. Hier ist eine Unterstützung der Ärzte in den Diensten durch Sekretärinnen (an Wochenende, Sonn- und Feiertag) notwendig.

Außerdem fehlt im LKH Feldbach eine Kinderbetreuung für die Angestellten. Von den knapp 1100 Angestellten im LKH

sind 70 Prozent Frauen. Hier muss eine Lösung gefunden werden.

Es gibt auch keine Parkplätze für alle Angestellten. Derzeit gibt es Parkplätze nur für Bedienstete, die in einem Umkreis weiter als zwei Kilometer wohnen. Wer sein Kind in Kindergarten oder Schule bringen muss, ist hier vor große Probleme gestellt.



OFFENES TREFFEN KPÖ-Oststeiermark

Jeden ersten Freitag im Monat
ab 19 h beim Dorfwirt (Gölles)
in Flöcking bei Gleisdorf.

KPÖ

Wir treffen uns in FELDBACH

Do. 17. April, 19 Uhr
Lo Scoglio, Feldbach

*Alle Leute, die sich für die
Anliegen der KPÖ
interessieren, sind herzlich
eingeladen.*

Verkehrsverbindungen im Bezirk.

Gleisdorf, Mitterweg: Die Namibia-Road

Die Verbindungsstraße zwischen Flöcking (Gemeinde Ludersdorf-Wilfersdorf) und Laßnitzthal ist auf dem Gemeindegebiet von Laßnitzthal fertig asphaltiert. Die Gemeinde Ludersdorf-Wilfersdorf schafft es aber einfach nicht, diesen Weg dem Standard des 21. Jahrhunderts anzupassen und zu asphaltieren. Dabei muss auch der Schulbus täglich über diese „Namibia Road“ fahren.

Für die Menschen ist aber nicht mehr tragbar, eine vorsintflutliche Straße passieren zu müssen.

Johann Stockner und der Streik bei Elin

Unser Genosse Johann Stockner aus Weiz ist vor kurzem verstorben. Sein Name ist mit der größten Kampfaktion bei ELIN Weiz in den Siebzigerjahren des 20. Jahrhunderts verbunden. Johann Stockner war Arbeiter bei ELIN und Betriebsrat. Er hat auch mehrmals für den Gemeinderat kandidiert.

der auch den Konflikt mit Vorgesetzten nicht scheute. Aus der SPÖ kommend, kandidierte Knoll bei den Betriebsrats-Wahlen 1969 mit einer eigenen Namensliste und erhielt sechs von 15 Mandaten (SPÖ 7, KPÖ 2), was bei der SP-Fraktion zu erheblicher Wut führte.

Im September 1970 fand dann zwischen Knoll und einem Werkmeister eine Kontroverse statt: Knoll setzte sich für ein sechs Minuten früheres Schichtende ein, damit die auswärtigen Arbeiter ihren Autobus erreichen konnten. Die Debatte verlief hitzig, und Knoll warf dem Werkmeister wegen dessen Unnachgiebigkeit „betriebsschädigendes Verhalten“ vor. Dieser ging zur Werksleitung, und diese nutzte die Gelegenheit, den unliebsamen Knoll wegen „erheblicher Ehrverletzung“ fristlos zu entlassen. Als das unter den Arbeitern bekannt wurde, legte eine Abteilung nach der anderen die Arbeit nieder und verlangte die Rücknahme der Entlassung und die Versetzung des Werkmeisters. Das Werk stand still, 1.200 Arbeiter wa-



© Petra Brunnsteiner

Eine hochqualifizierte und selbstbewusste Arbeiterschaft bildet das Rückgrat des Erfolgs von ELIN in Weiz. Nicht immer konnten die Arbeiter ihre Rechte ganz konfliktfrei durchsetzen, wie das Beispiel des Streiks von 1970 zeigt.

ren im Streik und ließen sich auch durch die Androhung „schwerwiegender Maßnahmen“ seitens der Leitung, übermittelt durch den SP-Betriebsratsobmann, nicht zum Weiterarbeiten bewegen.

Der Proteststreik wurde schließlich nach drei Tagen ergebnislos abgebrochen. Knoll wurde nicht wieder eingestellt. Die Rech-

nung für ihre Haltung bekam die sozialdemokratische Fraktion bei der nächsten Betriebsratswahl präsentiert, als sie zwar acht Mandate bekam, die KPÖ-Fraktion aber auf sieben Mandate anwuchs. Johann Stockner war der Fraktionsführer der kommunistischen GE, heute GLB.

Franz Stephan Parteder

GLB-KPÖ

www.glb-steiermark.at
Tel. 0664/88320198
E-Mail: glb@glb-steiermark.at

Briefe an die Redaktion

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen

STEIRISCHE
Volksstimme

Landhaus, Herrngasse 16, 8010 Graz,
Fax 0316/877 5108 oder E-Mail: volksstimme@kpoe-steiermark.at

Polizeiposten und mehr

Polizeiposten werden eingespart. Über Hundert, zur „Verbesserung der Sicherheit der Bevölkerung“?! Es ist entlarvend, wie rasch und problemlos Einsparungen von unserer politischen Führung durchgezogen werden, wenn sie die unteren Chargen der Beamten

und den Bürger selbst betreffen. Und Kritiker werden von Frau Minister Mikl-Leitner so charakterisiert: „Einige heulen eben mit den Bürgermeistern anstatt für eine Verbesserung der Polizeiarbeit zu stehen wie wir es tun!“ (Zitat ORF am 28.01.2014)

Im Ministerium in Wien sitzt man am Puls der Bürger? Wie Brüssel am Puls des Saatgutes,

des Wassers, der digitalen Stromzähler und der giftigen Quecksilbersparlampen sitzt. Je größer, je bestimmender. Schöne neue Welt! Gute Nacht Bürger. Guten Morgen globale Player! Wir sparen für Euch! Ein Irrtum! Zu viele Arbeitsplätze, zu wenig Gewinn!



Dr. Herbert Riegler, Bierbaum 55, 8283 Bad Blumau
(Thermengemeinde mit zukünftigem gigantischen Glashaus-Industriekomplex von SPAR, unserem bestimmenden Leitbetrieb)

KPÖ sucht Mitstreiter in Stadt und Land

Komm mit für eine soziale Steiermark!

2015 finden in der Steiermark Gemeinderats- und Landtagswahlen statt.

Die steirische KPÖ glaubt, dass unsere Gesellschaft neue Ideen und eine neue Politik braucht. Die Leute sind der nationalen Hysterie, der sozialen Erschütterungen und der politischen Panik müde. Stabilität und Ausgewogenheit stehen im Zentrum unseres Handelns für die benachteiligten und ausgebeuteten Menschen. Unsere Devise: Ein menschenwürdiges Leben für jede und jeden!

Wir wollen in der Steiermark eine gerechte Gesellschaft erreichen, in der die Sorge um den Menschen im Mittelpunkt des Handelns steht. Der Reichtum muss besser geteilt werden.

Die Hauptprinzipien unserer Politik: Pragmatismus, Augenmaß, Hausverstand, Verantwortung.

Die KPÖ sucht Kandidatinnen und Kandidaten in Stadt und Land, die bereit sind, unter Verzicht auf überhöhte politische Einkommen für ihre Mitmenschen in der Gemeinde und in der Landespolitik tätig zu werden.

RUFEN SIE UNS AN!

Tel. 0699 1253 495

oder

Tel. 0699 1218 4201

E-Mail: a.fuchs@kpoe-steiermark.at

Adresse: KPÖ, Volkshaus Graz, Lagergasse 98a, 8020 Graz

*Es wird nicht reichen, die Akteure abzuwählen. Viele Maßnahmen müssen rückgängig gemacht werden.
KPÖ-LAbg. Werner Murgg*

GLB-KPÖ

Liste 5



Arbeiterkammer-Wahl 27. März bis 9. April 2014





FRAGEN zum Miet- und Wohnungseigentumsrecht

Immer wieder haben Mieter bzw. Wohnungseigentümer Fragen zu Eigentümerversammlungen oder zur Investitionsablöse. Einige grundsätzliche Aussagen dazu können getroffen werden:

Bis wann muss ich eine Investitionsablöse geltend machen?

Eine Investitionsablöse ist spätestens 14 Tage nach Aufkündigung des Mietverhältnisses dem Vermieter schriftlich unter Mitteilung des Betrages und welche Investitionen getätigt wurden samt Belegen mitzuteilen, wobei wie bei der Kündigung damit bereits der Zugang gemeint ist und nicht etwa die Postaufgabe. Meistens wird man den Wunsch nach Investitionsablöse ohnehin bereits mit der Kündigung vornehmen.

Wie oft muss eine Eigentümerversammlung stattfinden?

Soweit nicht anders vereinbart ist eine Eigentümerversammlung alle zwei Jahre von der Hausverwaltung einzuberufen. Eine **qualifizierte Minderheit der Wohnungseigentümer** (mindestens drei Wohnungseigentümer, die zusammen über mindestens 25 Prozent der Anteile verfügen) kann schriftlich auch die Einberufung einer außerordentlichen Versammlung verlangen.

RAT UND HILFE IN WOHNUNGSFRAGEN



Mieterschutzverband
Steiermark

Sparbersbachgasse 61

Tel. 0316 / 38 48 30
Sprechstunden – Bitte
um tel. Voranmeldung!

www.mieterschutzverband.at

EU-„Eisenbahnpaket“ stellt Weichen für Privatisierung Hände weg von der Bahn!



Foto: ÖBB-Werbung GmbH / Robert Deopito

Schienenwege für Private öffnen?

Das EU-„Eisenbahnpaket“ von 2014 zwingt die EU-Mitgliedsstaaten zu einer weitreichenden Liberalisierung und Privatisierung des Schienenverkehrs. Darauf machte der steirische KPÖ-LABg. Werner Murgg aufmerksam.

Die EU-Richtlinie sieht die Trennung von Betrieb und Netz vor, das dann für jeden privaten Anbieter in der gesamten EU zur Verfügung stehen muss. „Dieses Modell existiert auch im Bereich der Stromversorgung. Die öffentliche Hand muss das Netz erhalten, am Strom bereichern sich private Energiekonzerne. Das ist nichts anderes als eine verdeckte Subventionierung privater Profite auf Kosten der Allgemeinheit. Für die Kunden bedeutet das eine Verteuerung, die Liberalisierung nützt ausschließlich den Konzernen. Bei der Bahn ist eine ähnliche Entwicklung absehbar“, so Murgg.

Da regionale Verbindungen und Nebenbahnen für private Anbieter kommerziell nicht interessant sind, wird das EU-Eisenbahnpaket zum Ausbau lukrativer Hochgeschwindigkeitsstrecken führen, während die regionale Versorgung ausgehungert wird.

Murgg: „Die Zwangsprivatisierung der Bahn durch die EU ist ein weiterer Schlag gegen das öffentliche Eigentum, gegen einen funktionierenden Öffentlichen Verkehr. Nur entschlossener Widerstand kann das vom EU-Parlament auf den Weg gebrachte Unheil abwenden. Hände weg von der Bahn!“



Gemeinsam für mehr Gerechtigkeit! Bei der Wahl zum steirischen Arbeiterparlament – der Arbeiterkammerwahl vom 27. März bis 9. April tritt der Gewerkschaftliche Linksblock (GLB) erstmals gemeinsam mit der KPÖ an. KPÖ-LABg. Werner Murgg und GLB-Arbeiterkammerrat Kurt Luttenberger präsentierten einige Punkte, die bei der Wahl zu denken geben sollten.

Raus aus der EU!
SolidarstaAt statt EU-Konkurrenzregime!

www.solidarwerkstatt.at

Plakat, Aufkleber bitte bestellen bei:
www.solidarwerkstatt.at

Pflegepersonal in Not

Die KPÖ kämpft im Landtag für eine Verbesserung im steirischen Pflegewesen. Neben einer gesicherten Finanzierung fehlt es auch an einem Konzept für die in der Pflege Beschäftigten. Denn die Arbeitsbedingungen in Pflegeheimen werden immer problematischer. Überlastung und Burnout sind an der Tagesordnung, die Bezahlung ist viel zu gering.

was sowohl für die Beschäftigten als auch für die Heimbewohner ein Vorteil ist. Natürlich würde das aber auch die Kosten erhöhen. Manche Pflegeheime werfen aber so hohe Gewinne ab, dass sie im Ausland als Finanzanlage beworben werden. Diese Geschäftemacherei muss abgestellt werden, fordert die KPÖ. Das würde auch die Kosten reduzieren und den nötigen Spielraum schaffen, um das Personal zu entlasten.

Nicht nur für die Angehörigen bringt es eine große finanzielle

Belastung, wenn jemand aus der Familie in ein Pflegeheim muss. Für die Betroffenen selbst gilt generell der Regress, sie werden enteignet, der Ertrag ihres Lebens fließt in überbezahlte Pflegeangebote.

„Es wird einkassiert, wofür man ein Leben lang gearbeitet hat. Das geliebte Häuschen, in dem man ein Leben lang gelebt hat, ist weg.“

Beim Pflegepersonal gibt es mittlerweile Firmen, die medizinisches Personal „casten“. Sogar auf diesem Sektor gibt es Leihfirmen!

Pflegenotstand: eine Betroffene berichtet



Lebende Wanderpokale

Ich bin Pflegehelfer, und wir Krankenpfleger pfeifen aus dem letzten Loch. Wir werden zu diversen Burnout-Seminaren geschickt, uns wird gepredigt, dass die Alten, Kranken und Pflegebedürftigen mit viel Liebe und Geduld behandelt gehören. Uns wird von den Oberen erklärt, dass man sehr viel Verständnis für diese Leute aufbringen muss. Alles gut und schön. Ich liebe meinen Beruf und wir alle haben ein sogenanntes „Helfer-Syndrom“, ansonsten würden wir das nicht tun. Die Bezahlung für soviel Verantwortung (ja! auch Pflegehelfer) kann es nicht sein, oder das „tolle Arbeitsklima“ in den Pflegeheimen. Der Personalschlüssel wird nicht angehoben, unsere Löhne stagnieren, die Menschen werden älter und die Demenz nimmt zu. Es wird an allen Ecken und Kanten eingespart, Pflege wird Massenabfertigung und der Mensch wird zur „Ware“.....und wir?

Es passieren Fehler, Pfleger sind frustriert und nichts funktioniert mehr so, wie es sein soll. Aus Angst vor Arbeitsplatzverlust macht man immer weiter und weiter bis man sich selbst nicht mehr spürt.

Wo endet das? Wieder beim Alten und Kranken, der im Endeffekt nichts dafür kann und einen Haufen zahlt (bzw. Angehörige), ansonsten wird ja das einkassiert, wofür man ein Leben lang gearbeitet hat... oder das geliebte Häuschen, in dem man ein Leben lang gelebt hat. Und was sind das da plötzlich für Firmen, die Medizinisches Personal „casten“, Leihfirmen? Sogar auf dem Sektor Menschenleben gibt es Leihfirmen?? Ich fass es nicht. Wir werden zu lebenden Wanderpokalen degradiert.

Aber mir gefällt das sehr gut: Das Reden und Schreiben in den diversen Zeitungen. STEHT ENDLICH AUF, SEHT HIN! Bitte!

Sandra Konrad



Anstatt Pflege in ein funktionierendes Gesundheitssystem einzubetten werden unsere Alten im Namen der Profit- und Sparpolitik den Interessen der Finanzkonzerne ausgeliefert: Pflegeheime sollen Riesen-Rediten einbringen.



In den letzten Wochen erreichten uns mehrere verzweifelte Hilferufe von Beschäftigten und auch Angehörigen Pflegebedürftiger, die auf zahlreiche Missstände im steirischen Pflegewesen hinweisen. Einer davon kommt aus einer der größten gemeinnützigen steirischen Einrichtungen. Im Schreiben ist zu lesen, dass schon seit mehreren Jahren eisern beim Personal gespart wird. Das geht zu Lasten der Bewohnerinnen und Bewohner der Heime, wo nur noch Zeit für das Nötigste bleibt, also die Grundpflege.

Im selben Zeitraum sind bei den Beschäftigten Erkrankungen am Bewegungsapparat, psychische Erkrankungen, Burnout und Landzeitkrankenstände stark angestiegen. Ohne Zivildienst würde der Betrieb zusammenbrechen. Gleichzeitig steigt im Sozialbereich die Arbeitslosigkeit an.

Ein Problem sind die Tagsätze, also jene Summe, die die Pflegeeinrichtungen vom Land bezahlt bekommen. Diese treiben die Pflegekosten in die Höhe, ohne dass sich beim Personalstand oder bei der Bezahlung etwas ändern würde. Eine Entlastung würde die Anhebung des Pflegeschlüssels bringen, wie es die KPÖ seit langem fordert. In anderen Bundesländern ist, je nach Pflegestufe, mehr Personal vorgeschrieben,

**Protest
gegen
TEUERUNG**

Wir zahlen nicht für eure Krise !

Brandgefährlich: EU-Außenpolitik und Kriegsgefahr

Vor 15 Jahren begann der NATO-Bombenkrieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien. Daran erinnert der steirische GLB-Arbeiterkammerrat Kurt Luttenberger.

Vom 24. März bis zum 10. Juni 1999 warfen Kampfflugzeuge der NATO an die 30.000 Bomben über bewohntem Gebiet ab, darunter auch Streubomben und Bomben mit radioaktivem Material. „Heute gilt wie damals: Bomben schaffen keinen Frieden. Die Arbeiterkammer als Vertretung von Millionen Werktätigen muss sich für die Neutralität einsetzen und sich gegen die Einverleibung Österreichs durch ein Militärbündnis durch die Hintertüre stellen“, betont Luttenberger, der die Liste GLB-KPÖ in der AK-Vollversammlung vertritt.

Luttenberger: „Dieser Jahres-

tag fällt in eine extreme Zuspitzung der Kriegsbedrohung in Europa. Angesichts dessen ist es besonders wichtig, aktive Neutralitätspolitik zu betreiben, anstatt in den Chor der Kriegstreiber einzustimmen.“

Die Militarisierung der EU schreitet rasch voran. Immer weniger Rücksicht wird auf die Neut-

ralität Österreichs genommen. Die politischen und wirtschaftlichen Machteliten Österreichs betreiben seit mehr als zwei Jahrzehnten eine Politik der systematischen Zerstörung der fortschrittlichen Grundlagen der Republik Österreich. Neutralität, Staatsvertrag, Gemeinwirtschaft, das soziale Sicherungssystem, dies alles sei veraltet und müsse entsorgt werden. Österreich wird gleichermaßen den wirtschaftlichen Interessen großer Konzerne ausgeliefert, wie es in wachsendem Tempo in militärische Abenteuer geführt wird.

Die „Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik“ der EU widerspricht dem Neutralitätsgesetz. In Zeiten, wo die wirtschaftliche Krise der EU in militärische Abenteuer umzuschlagen droht, kommt es darauf an, Österreich herauszuhalten und außenpolitisch für den Frieden einzutreten.

Das bedeutet gleichzeitig, dass es zu einer weitreichenden Streichung der Euro-Staatsschulden im Austausch gegen echte sozial- und rechtsstaatliche Fortschritte kommen muss.



ZITIERT



„Wenn das so weitergeht, wird die angebliche Rettung der Hypo Alpe Adria die Spekulanten und Geschäftemacher endgültig verschonen, aber zahlreiche Menschen auch bei uns in den Privatkonkurs treiben. Der Grund dafür sind die neuen Belastungspakte, die unweigerlich auf die Masse der Bevölkerung zukommen werden.“ Elke Kahr, KPÖ-Stadträtin in Graz

„Niemand kann behaupten, dass eine geordnete Insolvenz der Hypo-Alpe-Adria gefährlicher wäre als diese Milliarden-Salami-Taktik der Verantwortlichen in Regierung und Bank.“ Elke Kahr

„Maßnahmen für leistbares Wohnen werden von Regierung und Ländern auf den St. Nimmerleinstag hinausgeschoben, gleichzeitig hat man immer wieder Steuermilliarden für eine Pleitebank. Diese Ungerechtigkeit stinkt zum Himmel!“ Elke Kahr

„Die Liberalisierung der Finanzmärkte hat Arbeitern und Angestellten nichts gebracht. Eine kleine Elite ist dadurch noch reicher geworden, während Millionen um ihre Ersparnisse und Pensionen gebracht wurden. Diese neoliberalen Dogmen stehen im Zusammenhang mit der Vorgängen rund um die Hypo Alpe Adria. Es wäre naiv zu glauben, dass es sich lediglich um einen Kriminalfall aus der Welt der Hochfinanz handelt. Die Enteignung der Bevölkerung zugunsten von Banken und Konzernen ist das gewollte und unvermeidliche Ergebnis der in den EU-Verträgen festgeschriebenen Politik“ KPÖ-LABg. Werner Murgg, Vorsitzender des Kontrollausschusses.

NIE WIEDER KRIEG! NIE WIEDER FASCHISMUS!

**Wer gegen Faschismus
kämpfen will,**



**darf vom EU-Konkurrenz-
regime nicht schweigen!**



Wir ziehen nicht in euren Weltkrieg

Der Hypo-Skandal und die GRAWE

Die Entscheidung der Bundesregierung für eine Hypo-Lösung auf Kosten der Steuerzahler ist in dreifacher Hinsicht ein Freibrief: Erstens ein Freibrief für die Banken, immer wieder auf Kosten der steuerzahlenden Bevölkerung gerettet zu werden. Zweitens ein Freibrief für die hemungslose Spekulation eines dubiosen kriminellen Finanzadels. Und er ist drittens ein Freibrief für neue Belastungspakete im Namen der Bankenrettung.

Ederer von all dem nichts gewusst haben soll, ist sehr unwahrscheinlich. Das Magazin Klipp spricht in diesem Zusammenhang von einer Hypo-Horror-Money-Show.

Blau-schwarz-rosa Kumpanei

Mittlerweile muss von einem gemeingefährlichen Hypo-Kartell und einer blauschwarzrosa Kumpanei gesprochen werden, wobei allen Warnungen zum Trotz nicht die Interessen der frühere Kärntner Landeshauptmann Jörg Haider (FPÖ/BZÖ). Fortgesetzt wird der Reigen über die Finanzminister Josef Pröll und Michael Spindelegger (beide ÖVP), denen es nur darum ging, das Raiffeisen-Imperium zu schonen und die Steuerzahler blechen zu lassen. Völlig versagt hat Notenbank-Chef Ewald Nowotny (SPÖ), dem sein hochbezahlter Job stets wichtiger war als rechtzeitig einzugreifen, um das Schlimmste zu verhindern. Und Kanzler Werner Faymann (SPÖ) schaute der diesem Treiben tatenlos zu.

Dass die SPÖ einen höchst notwendigen Hypo-Untersuchungsausschuss verhindert und damit ausgerechnet der FPÖ ermöglicht, ihre Hauptverantwortung an der Causa Hypo zu vertuschen, beweist nur, dass die Sozialdemokratie selbst in diesen Skandal verwickelt ist. Vor allem durch ihre Zustimmung zu den Landeshaftungen in Kärnten, die zeitweise bis zu 25 Milliarden Euro und damit ein Vielfaches des Landesbudgets erreichten.

Unter dem Teppich

Im Bund und auch in der Steiermark hat man größtes Interesse daran, einen Hypo-Untersuchungsausschuss zu verhindern. Deshalb wird alles unter den Teppich gekehrt. Den Politikern und



© Kaasten fotolia.at

Durch und durch korrupte Politiker versuchten mit höchst riskanten Geschäften die Staatskassen – aber auch die eigenen Konten zu füllen. Unter dem Strich steht ein Finanzdebakel, dessen Kosten auf die Arbeiter und Angestellten abgewälzt werden sollen.

den Managern ist ein Superbelastungspaket auf Kosten der Bevölkerung lieber als die schonungslose Aufklärung ihres Fehlverhaltens.

Denkzettel

Dafür muss es einen Denkzettel geben. Die nächsten Möglichkeiten dafür sind die AK-Wahl und die EU-Parlamentswahl am 25. Mai. Das ist für viele Menschen eine Gelegenheit zur Abrechnung mit der Politik von SPÖ und ÖVP im Bund und im Land. Es gibt die Möglich-

keit dazu, diesen Protest auch auf dem Stimmzettel auszudrücken. Die Strache-FP und die neoliberale Partei NEOS sind für arbeitende Menschen keine Alternative.

Das ist bei der EU-Wahl in der Frage Hypo-Desaster der EU-Abgeordnete Martin Ehrenhauser mit seiner Liste „Europa anders“. Er hat sich klar dafür ausgesprochen, die Interessen der Bevölkerung in den Vordergrund zu stellen und lehnt Bankenrettungen à la Hypo-Alpe-Adria entschieden ab.

In der Steiermark wird nicht gern erwähnt, dass die GRAWE (Grazer Wechselseitige Versicherung) bei diesem Skandal keine unbeteiligte Beobachterin sondern eine Mittäterin war. Die GRAWE war einige Jahre lang Miteigentümerin der Hypo Alpe Adria. Mit 9,2 Millionen Euro Partizipationskapital hängt die Grazer Wechselseitige Versicherung (Grawe) nach wie vor bei der Hypo-Alpe-Adria-Bank drinnen. Die Grawe war von 1992 bis zur Notverstaatlichung 2009 Minderheitsaktionär der Kärntner Hypo, sie hat dreistellige Millionenbeträge in die Bank gesteckt. Sogar noch 2007 bei der letzten Hypo-Kapitalerhöhung ging die Grawe mit 160 Millionen mit. Das berichtet die Kleine Zeitung.

Ein wichtiger GRAWE-Manager saß im Vorstand der Hypo-Alpe Adria. Wegen seiner Mitwirkung an einer undurchsichtigen Geldbeschaffungsaktion wurde dieser Siegfried Grigg vor kurzem sogar in erster Instanz zu einer Gefängnisstrafe von dreieinhalb Jahren unbedingt verurteilt. Dass GRAWE-Generaldirektor Othmar

Jährliches Existenzminimum in Österreich:	Jährliches Einkommen inkl. Zulagen eines Abgeordneten im EU-Parlament:
9.778 Euro	Grundgehalt EU-Parlamentarier: 74.366 Euro
	Taggeld im Durchschnitt: 36.500 Euro
	Bürokostenpauschale: 51.588 Euro
	Kommunikationsbudget: 45.388 Euro
	Sekretariatszulage für Personal: 254.508 Euro
	Fortbildungsbudget Sprach- und IT-Kurse: 6.500 Euro
	Reisekosten im Durchschnitt: 115.208 Euro
	Kosten Limousinenservice im Durchschnitt: 3.180 Euro
	587.238 Euro

Zentralverband der Pensionistinnen und Pensionisten Österreichs

Österreichs ältester Pensionistenverband

1924 wurde der Zentralverband der Pensionisten gegründet. Hunger und Not waren sechs Jahre nach Beendigung des ersten Weltkrieges für viele Menschen in unserem Land auf der Tagesordnung. Um dem Elend entgegenzutreten trafen sich im Herbst 1924 einige Unfallrentner und Invalide im Gasthaus „Einsiedler“ im Wiener Prater. Sie überlegten, wie man den älteren Menschen, den Invaliden und den Unfallrentnern, in einer Zeit der bitteren Armut und Not, helfen kann. Es gab damals noch kein allgemeines Krankenpflegegesetz. Nur für Staatsbeamte gab es so etwas seit 1920. Sie beschlossen, sich zu organisieren und gründeten einen Verband. Mit großer Zuversicht gingen die ersten Funktionäre daran, den Hilfsbedürftigen, dort wo es damals schon möglich war, zu

ihren Rechten zu verhelfen, und auch in Österreich eine Invaliden-, Kranken- und Altersversicherung für alle zu erreichen.

Der Kampf für das Sozialversicherungsneuregelungsgesetz von 1952, um das Rentenbemessungsgesetz 1954, die Forderung und die große Demonstration zur Durchsetzung der 13. Monatsrente im Jahr 1953 und ihre erste Auszahlung im Oktober 1955 wurden hauptsächlich durch den ZVP geführt.

Die Gründung des Pensionistenverbandes jährt sich heuer zum 90sten mal. Nicht alles steht zum Besten. Das Pensionsalter wird hinaufgesetzt, der mangelnde Inflationsausgleich führt zum Sinken der Pensionen. Der Zentralverband gibt nicht auf: Ein Altern in Würde steht nach wie vor im Mittelpunkt der Tätigkeit. Darüber hinaus gibt

es Aktivitäten wie Beratung, gesellige Treffen oder Ausflüge.

Die Pensionisten werden in der EU besonders benachteiligt. Belastungspakete entwerfen die Pensionen.



© Herby (Herbert) Me - Fotolia

ZVP Zentralverband der Pensionisten

SPRECHSTUNDEN

Mo. bis Fr. von 10 bis 12 Uhr

Lagergasse 98a, 8020 Graz

E-Mail: zentralverband@gmx.at

0316/71 24 80 Voranmeldung erbeten.

Wir helfen bei: ● Anträgen auf **Pflegegeld** ● Antrag auf „einmalige Unterstützung“ ● **Pensionsanträgen** wie Alterspension, Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitspension, Hinterbliebenenpension wie Abfertigung und Abfindung ● anderen Problemen

**Jeden Donnerstag gemütlicher Nachmittag
im Volkshaus-Karl Drews Klub, Lagergasse 98a**

REISE:

Zentralverband der Pensionisten

Baška, Insel Krk

Do. 14. bis 19. Juni 2014



6-Tages-Fahrt nach Kroatien mit Halbpension

€ 380,- pP im Doppelzimmer,
Einzelzimmer € 420,-

Anmeldungen unter

Tel. 0316/71 24 80 (10 -12 Uhr)

E-Mail: zentralverband@gmx.at

Nein zu neuen Glücksspiel-Lizenzen

Trotz des großen individuellen Leids und des hohen volkswirtschaftlichen Schadens, der durch das Automatenglücksspiel entsteht, halten die steirischen Regierungsparteien SPÖ, ÖVP und FPÖ an ihrem Plan fest, über 1000 neue Glücksspielautomaten in die Steiermark zu holen.

Das neue steirische Glücksspielgesetz, das sich derzeit in Begutachtung befindet, sieht vor, dass der bundesgesetzliche Rahmen voll ausgeschöpft wird. Voves und Schützenhöfer wollen die größtmögliche Anzahl von Glücksspielautomaten in die Steiermark zu holen und die höchstmöglichen Einsätze zuzulassen. An einem Tag können von einem einzigen Spieler völlig legal über 500.000 Euro eingesetzt werden. Dabei fließt die Automatensteuer künftig nicht mehr an Land und Gemeinden, sondern direkt an den Bund.

Bis zu 80.000 Steirer sind direkt

oder indirekt von den Folgen der Spielsucht betroffen. Spielsucht trifft vor allem die Familien der Süchtigen!

Der Gemeinderat der Stadt Graz hat sich auf Antrag der KPÖ mehrheitlich gegen die Pläne des Landes ausgesprochen, SPÖ und ÖVP wurden in dieser Frage auch von ihren Grazer Parteifreunden nicht unterstützt.



Selbstbedienung für Politiker

Kürzungspakete für die Bevölkerung

Heftige Kritik übt KPÖ-LAbg. Klimt-Weithaler an der steirischen „Sonderparteisteuer“

Während bei der Bevölkerung durch Kürzungen oder den Pflegeregress abkassiert wird, genehmigen sich Polit-Funktionäre immer höhere Gehälter. Und seit 1.1.2014 wird eine steirische Sonderparteisteuer bei den Gemeinden eingehoben.

Seit Jänner treffen in den steirischen Gemeindestuben Bescheide ein, in welchen die Kommunen daran erinnert werden, dass ab sofort pro Gemeindegänger fünf Euro ans Land abzuliefern sind. Die KPÖ ist vehement gegen dieses unverschämte Gesetz aufgetreten. Die rot-schwarze Kahlschlag-Koalition hat zum ungewöhnlichen Mittel einer Dringlichkeitserklärung gegriffen, um zu verhindern, dass Gemeinden dieses Gesetz zu Fall bringen können.

KPÖ-LAbg. Claudia Klimt-Weithaler findet es erfreulich, dass sich verschiedene Gemeinden weigern, die Abgabe anzuliefern. Denn die Sonderparteisteuer ist eine weitere Belastung der Gemeindefinanzen: „Von einer Verdoppelung des Einkommens können Normalsterbliche nur träumen. Wenn es um die Parteikasse und Bezüge für Funktionäre geht, wollen SPÖ und ÖVP auf einmal nichts mehr vom Sparen wissen. Dafür muss die steirische Bevölkerung ein Kürzungspaket nach dem anderen in Kauf nehmen und als Schlusslicht in Österreich noch immer Regress für pflegebedürftige Angehörige bezahlen.“



Rolf Becker: So wird Geld verdient

Freitag, 28. März 2014, 19 Uhr:
Ein literarischer Streifzug zur Entwicklung von Geld und Kapital mit dem Hamburger Schauspieler Rolf Becker

Programm alle Veranstaltungen, sofern nicht anders angegeben, im KPÖ-Bildungszentrum im Volkshaus Graz, Lagergasse 98a

Im Gespräch mit Camilo Guevara

Mittwoch, 9. April 2014, 19 Uhr

Der Sohn des kubanischen Revolutionärs Che Guevara besucht Graz. Camilo Guevara lebt und arbeitet in Havanna.

Eine Veranstaltung des Kulturvereins „che“. Mit Unterstützung des Bildungsvereins der KPÖ Steiermark.



1. MAI 2014

Für Arbeit und Frieden



Demonstration

10:00 ab Südtirolerplatz -> Eisernes Tor

Maiifest

Wiener Tschuschenkapelle Iris Stern und Band

ab 13:00 Eintritt frei, internationale Küche
Volkshaus Graz, Lagergasse 98a

bei jedem Wetter!

KPÖ
www.kpoe-graz.at

Am 1. Mai in Graz
25 Jahre Wiener
Tschuschenkapelle
mit Slavko Ninić



**Briefe an die
Redaktion**

Die Redaktion behält sich vor,
Leserbriefe gekürzt zu
veröffentlichen

STEIRISCHE
Volksstimme

Landhaus, Herrengasse 16, 8010 Graz,
Fax 0316/877 5108 oder E-Mail: volksstimme@kpoe-steiermark.at



Ukraine, Syrien: Kein Frieden durch tödliche Waffen

Alfred Nobel war überzeugt, der Frieden könne gewahrt werden, wenn die Nationen über tödliche Waffen verfügten. Dann hätten sie die Möglichkeit, sich schnell zu verbünden und jeden Aggressor auf grauenvolle Weise zu beseitigen. „Das würde die Kriege unmöglich machen“, schrieb er.

Nobel war der Ansicht, keine vernünftig denkende Nation würde eine Auseinandersetzung heraufbeschwören, wenn sie selbst mit verheerenden Folgen zu rechnen hätte. Was hat

das vergangene Jahrhundert jedoch gezeigt? Kaum 20 Jahre nach Nobels Tod brach der Erste Weltkrieg aus. Und wie sieht es 100 Jahre danach aus? Die weltweit aufgehäuften tödlichen Waffen konnten den Konflikt in der Ukraine, den tobenden Bürgerkrieg in Syrien und in der Zentralafrikanischen Republik nicht verhindern. Die Sehnsucht vieler Menschen nach Frieden ist groß, es scheint aber nicht in der Macht des Menschen zu liegen, dauerhaften Frieden herbeizuführen.

Für Leser der Bibel sind die Worte aus Psalm 46, 9 sehr hoffnungserweckend: „Kriege lässt Gott aufhören bis an das äußerste Ende der Erde. Den Bogen zerbricht er, und den Speer zersplittert er; die Wagen verbrennt er im Feuer.“

Frieden wird demnach nicht durch tödliche Waffen - sondern durch eine totale Abrüstung herbeigeführt werden.

Harald Schober

Leiharbeit

Ich selbst bin mit 49 Jahren gerade „arbeitsuchend“, um es schöner zu formulieren. 2010 war ich zum ersten Mal, nach 29 Dienstjahren in so einer Situation.

Ich musste schon damals die Erfahrung machen, dass man über das Arbeitsmarktservice selbst zu Leihfirmen vermittelt wird. Zurzeit habe ich meine Daten bei 13 solchen Firmen hinterlegt. Mit absolut **KEINEM** Ergebnis. 2010 habe ich eine Umschulung zum Mechatroniker mit einer Ausbildungsdauer von 18 Monaten finanziert bekommen. Danach bekam und bekomme ich keine Anstellung in diesem Beruf aufgrund mangelnder Praxis und zu hohem Alter.

Ein ernüchterndes Ergebnis. Wem nützt dann so eine Weiterbildungsmaßnahme und der Aufwand der Steuergelder wennkein Nutzen für die Betroffenen oder für die Wirtschaft entsteht? Mich hat es nicht weitergebracht. Und so werde ich, weiter Kurse besuchen und weiter hoffen, Arbeit mit einer sicheren Anstellung zu erhalten.

Hermann Leitner

Regress aussitzen?

Mittlerweile scheint es, dass die Politzwillinge (SPÖ/ÖVP) den Regress in der Steiermark erfolgreich aussitzen und darauf warten, dass es österreichweit zu einer einheitlichen Lösung kommt. Für mich ist es unverständlich, dass zwei Politiker aus dem Bauch heraus entscheiden, dass diese bedenkliche, arrogante Vorgangsweise der Diskriminierung der Steirer in Ordnung geht. Wir werden weiterhin für blöd verkauft und ignoriert. Es wäre interessant zu wissen wie viele der 973.430 wahlberechtigten Steirer, falls alle Regress zahlen müssten, diese ungerechte Behandlung tolerieren würden.

2015 gibt es wieder eine Wahl bei der zumindest die Regresszahler und der große Anteil der Familienmitglieder und andere überzeugte Bürger wissen werden, wen sie nicht wählen werden.

Ing. S.Baumann, Lebring

kinderland 2014
Steiermark **Feriensommer**

für Kinder im Alter von 6 bis 15 Jahren

Sommer, Sonne, Ferien: LOS!

1-2 oder 3 Wochen möglich!

Kindervilla in St. Radegund von 06. Juli bis 19. Juli
Feriendorf am Turnersee vom 06. Juli bis 09. August

Auskunft und Anmeldung:
kinderland Steiermark
Mehlplatz 2, 8010 Graz
Tel.: 0316 / 82 90 70
Fax: 0316 / 82 06 10
office@kinderland-steiermark.at
www.kinderland-steiermark.at



Tiere suchen ein Zuhause

TIERECKE

Beim Landestierschutzverein warten Haustiere auf neue Besitzer; oder entlaufene Lieblinge auf ihre alten...

<http://www.landestierschutzverein.at/>

Folgende Tiere vermittelt das Tierheim des Landestierschutzvereins, Grabenstraße 113, Graz, Tel. 0316 / 68 42 12



Ice: ist ein ca. 6-jähriger, kastrierter Maltesermischlingsrüde. Aufgewecktes Kerlchen, manchmal etwas launisch. Er sucht ein ruhiges Heim bei hunderefahrenen Besitzern.

Nala: ist eine schön gezeichnete, kastrierte Streunerkatze. Sie ist noch ängstlich, wird aber sicher bei entsprechender Geduld eine freundliche Katzenzähne.

Luka: Kastrierter Streunerkater, der bereits beginnt Vertrauen zu Menschen aufzubauen. Er ist ein hübscher Kater, der sich gut mit anderen Katzen verträgt.

Chinchilla: Zwei kastrierte Chinchilla-Männchen, Daron und Gismo suchen gemeinsam ein schönes Heim. Zutraulich und handzähm. Für Leute mit Chinchillaerfahrung.

Trixi: Schäfermischlingshündin, geboren Juni 2013. Sie ist aktiv, aufgeweckt und verspielt. Sie bräuchte noch etwas Erziehung, da sie etwas ungestüm ist.

Kleinanzeigen

zu verschenken: Sony Mini Hi-Fi, schwarz, Radio, 2 Kassettendecks, 2 Boxenfunktionieren gut, CD-Player zu reparieren Tel. 0676/925 1450, Reissenegger

Bautechnischer Zeichner (48) sucht Bürojob (30-40 Stunden). Bin bereit, mich auch beruflich zu verändern. Nur seriöse Angebote mit normaler Bezahlung. Keine Keilerjobs, Anlagegeschäfte etc. Tel. 0699 / 81 77 86 75

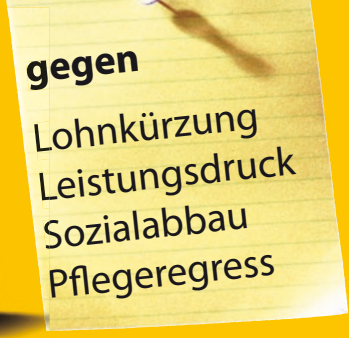
Patchworkfamilie, 8 Personen, österr. Staatsbürger, sucht Haus oder Wohnung im Raum Graz, zur Miete oder ev. Kaufoption, Tel. 0660/ 212 5018.

Wir veröffentlichen kostenlos Ihre Kleinanzeige: Steirische Volksstimme, Lagergasse 98a, 8020 Graz, Tel. 0316 / 71 24 79 Fax 0316 / 71 62 91 volksstimme@kpoe-steiermark.at



Steiermark, 27.3. bis 9.4.2014

DENKZETTEL



STEIRISCHE Volksstimme

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Hersteller und Verleger: Landtagsklub der KPÖ Steiermark, Herrengasse 16/3, 8010 Graz. Für den Inhalt verantwortlich: Andreas Fuchs. Verlags- und Herstellungsort: m-4, Graz. Tel. 0316 / 877-5102. Fax 0317 / 877-5108 E-Mail: volksstimme@kpoe-graz.at // DVR: 0600008

Offenlegung: Das Grazer Stadtblatt / die Steirische Volksstimme – Informationsblatt der KP Steiermark ist ein Regionalmedium und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne der Arbeit der KPÖ Steiermark. Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen und tritt für eine Stärkung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein. Auf sprachliche Geschlechtsdiskriminierung wird zugunsten der Gleichheit verzichtet.



Die Volksstimme kostenlos bestellen!

INFORMATION aus Stadt und Land! Aus erster Hand, kostenlos, unverbindlich, aktuell: Bestellen Sie die steirische Volksstimme! Wir senden Ihnen unsere Zeitung künftig gerne kostenlos und unverbindlich zu.

Ich möchte:

- Die steirische Volksstimme und die Landtags-Informationen der KPÖ
- Das Programm des KPÖ-Bildungsvereins regelmäßig zugesendet bekommen.
- Kontaktaufnahme, Mitarbeit

Gedanken und Anregungen: _____

Name: _____

Adresse: _____



An die
STEIRISCHE Volksstimme

Claudia Klimt-Weithaler
Landhaus, Herrengasse 16
8010 Graz

Fax: 0316 / 877 51 08
E-Mail: kpoe-ltk@stmk.gv.at

Arbeiterkammer-Wahl 27. März bis 9. April 2014

Mut zum Widerspruch

*„Bitte nehmen Sie Ihr
Wahlrecht wahr und
stärken Sie die
Arbeiterkammer mit
Ihrer Stimme für den
GLB-KPÖ.“*

**Arbeiterkammerrat
Kurt Luttenberger**

GLB-KPÖ

Liste 5

